

# 27. Newsletter

## Gegen Rechtsextremismus

.....  
Ausgabe vom 03.07. 2012

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freundinnen und Freunde,

dies ist die Ausgabe 27. unseres Newsletters gegen Rechtsextremismus.

In unregelmäßigen Abständen möchten wir Sie/euch hiermit über unsere Initiativen, Positionen und Termine auf dem Laufenden halten und zeitnah informieren, was in Berlin passiert.

Wenn Sie/ihr diesen Newsletter nicht mehr erhalten möchten/möchtet, können Sie/könnt ihr ihn mit dem unten stehenden Link abbestellen.

Ihnen und euch wünsche ich erholsame Ferien und einen schönen Sommer.

Clara Herrmann (Sprecherin für Strategien gegen Rechtsextremismus).

Redaktion des Newsletters und Ansprechpartnerin für Nachfragen, Anregungen, Kritik oder technische Probleme:

Annika Gerold: [buero.herrmann@gruene-fraktion-berlin.de](mailto:buero.herrmann@gruene-fraktion-berlin.de)

[Bestellen oder abbestellen können Sie den Newsletter hier](#)

## INHALT

[1. Rechtswidrige Extremismusklausel abschaffen!](#)

[2. Zum Berliner Verfassungsschutzbericht 2011 und den Berliner Zuständen 2011](#)

[3. Haushalt: SPD und CDU lehnen 250.00 Euro mehr für Zivilgesellschaft im Kampf gegen Rechts ab](#)

[4. Pro Deutschland und die NPD am Strausberger Platz](#)

[5. Kleine Anfragen](#)

[6. Presse](#)

[7. Termine](#)

### **1. Rechtswidrige Extremismusklausel abschaffen!**

Die sogenannte Demokratieerklärung stellt Bündnisse und Initiativen unter Generalverdacht und ruft zur gegenseitigen Bespitzelung auf. Damit erzeugt sie ein Klima des Misstrauens. Teile der Klausel wurden Ende April vom Verwaltungsgericht Dresden für rechtswidrig erklärt. Für uns ist klar: Mit rechtswidrigen Methoden lässt

sich keine erfolgreiche Demokratietarbeit machen.

In dem Antrag **Rechtswidrige Extremismusklausel abschaffen** hat meine Fraktion deshalb den Senat dazu aufgefordert, dass Berlin im Bundesrat dem entsprechenden Antrag der Länder Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen unterstützt.

Die Regierungsfractionen haben jedoch eine Befassung mit diesem Antrag, bevor sich der Bundesrat mit diesem befasst hat, abgelehnt und es damit versäumt, Stellung zu beziehen. Gerade die SPD Fraktion in Berlin hat es verpasst, sich zur Abschaffung der rechtswidrigen Extremismusklausel zu bekennen. Von der "großen Sympathie" der SPD-Fraktion für die Abschaffung der Klausel insgesamt ist unter dem Koalitionsdruck nicht viel übrig geblieben.

Im Bundesrat wurde der Antrag dann am 15.Juni leider abgelehnt. Wir werden uns weiterhin für die Abschaffung der rechtswidrigen Klausel einsetzen.

[Zum Antrag Rechtswidrige Extremismusklausel abschaffen](#)

Meine Pressemitteilung vom 25.05.12 zu diesem Thema finden Sie [hier](#).  
Meine Pressemitteilung vom 06.06.12 zu diesem Thema finden Sie [hier](#)

Meine Rede und die Kurzintervention vom 24.05.12 finde Sie [hier](#).

Den Störungsmelder **Extremismusklausel abschaffen**, den ich zu diesem Thema verfasst habe, finden Sie [hier](#).

[zurück](#)

## 2. Zum Berliner Verfassungsschutzbericht 2011 und den „Berliner Zuständen 2011“

Gerade ist der Berliner Verfassungsschutzbericht erschienen. Wie jedes Jahr klaffen die Zahlen der Betroffenen von rechtsextremer Gewalt der Behörden und der unabhängigen Organisationen und Initiativen, die sich im Kampf gegen Rechts engagieren, auseinander. Zum einen werden Übergriffe nicht gemeldet, zum anderen werden sie von der Polizei nicht als rechtsextrem eingestuft. Aus diesem Grund hat meine Fraktion im April den Antrag "[Opfer rechtsextremer Gewalt anerkennen?](#)" gestellt, in dem es auch um die Überarbeitung der Polizeilichen Kriminalstatistik geht.

[Apabiz e.V.](#) und die [Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus](#) veröffentlichten auch dieses Jahr wieder einen Schattenbericht: **Berliner Zustände 2011**.

Informationen des Senats zum aktuellen Verfassungsschutzbericht finden Sie [hier](#) und [hier](#).

[Zum Bericht Berliner Zustände](#)

Einen Artikel dazu finden Sie [hier](#).

[zurück](#)

### 3. Haushalt: SPD und CDU lehnen 250.00 Euro mehr für Zivilgesellschaft im Kampf gegen Rechts ab

Die Haushaltsberatungen für 2012 und 2013 sind zu Ende. Die Regierungskoalitionen haben es versäumt, die Unterstützung für zivilgesellschaftliches Engagement im Kampf gegen Rechtsextremismus in Berlin auszuweiten. Sie möchten lieber in den Verfassungsschutz investieren.

Wir wollen das Landesprogramm gegen Rechtsextremismus um 250 000 Euro aufstocken.

Durch die Aufstockung sollen daher u.a. Mobile und Opferberatungsstellen gestärkt werden. In zahlreichen wichtigen Projekten engagieren sich Bürgerinnen und Bürger mit

großem persönlichen Einsatz im Kampf gegen Rechts. Wir wollen sie darin bestärken und ihnen helfen, ihr Engagement fortzuführen und weiter auszubauen.

Jetzt nach mehr Verfassungsschützern zu rufen, ist kein sinnvoller Beitrag zur Bekämpfung von rechtsextremen Strukturen, sondern ein politischer Schnellschuss.

Unseren Schlussantrag zu den Haushaltsberatungen 2012/13 finden Sie [hier](#).

[zurück](#)

### 4. Pro Deutschland und die NPD am Strausberger Platz

Am Sonntag, den 17. Juni 2012, veranstalteten sowohl Pro-Deutschland als auch die NPD Kundgebungen am Strausberger Platz. Die NPD-Kundgebung stand unter dem Motto „**Damals wie heute - Freiheit muss erkämpft werden**“. Damit sollte an den 17. Juni 1953 erinnert werden, als Arbeiterinnen und Arbeiter in der DDR unter anderem am Strausberger Platz für mehr Rechte streikten. Mal wieder haben die Rechten versucht, ein historisches Ereignis für ihre Zwecke zu missbrauchen. Circa 300-400 Gegendemonstrantinnen und Gegendemonstranten stellten sich den circa 12 Pro-Deutschland-Anhängern und den 40 NPDlern lautstark in den Weg. Die Gegendemonstrantinnen und -demonstranten waren eine sehr vielfältige Gruppe, was zeigt, dass der Kampf gegen Rechts breite Teile der Gesellschaft bewegt.

Einen Artikel zum Thema finden Sie [hier](#).

[zurück](#)

### 5. Kleine Anfragen

Die Antwort auf meine kleine Anfrage zu „**Rechtsextremismus im Berliner Fußball**“ vom 4.4. 2012 finden Sie [hier](#).

[Zurück](#)

## 6. Presse

[Stachelartikel Nazis im Netz](#)

[Störungsmelder Polizeistatistik zu rechter Gewalt muss überarbeitet werden!](#)

Rechtsextreme Strukturen im Lichtenberger Weitlingkiez bei "[Mut gegen Rechte Gewalt](#)" und in der "[Berliner Zeitung](#)"

[Zurück](#)

## 7. Termine

NSU-Ausschuss im Bundestag: Grüne ziehen Bilanz  
mit Wolfgang Wieland MdB

Wann:

11. Juli um 19 Uhr

Wo:

Paul Gerhard Stift zu Berlin, großer Saal

Müllerstraße 56-58

13349 Berlin

U-Bahnhof Seestraße

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

[Zurück](#)

Herausgegeben von der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen im Abgeordnetenhaus  
von Berlin

Besuchen Sie uns im Internet: [www.gruene-fraktion-berlin.de](http://www.gruene-fraktion-berlin.de)